

III Landtagswahl am 14. März

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl: MB fragt – Parteien antworten

Positionen der Parteien zu MB-Themen abgefragt: Zusammenfassung und Bewertung auf Seite 3

1 In einer aktuellen Mitgliederumfrage des Marburger Bundes Baden-Württemberg geben mehr als zwei Drittel der Klinikärztinnen und -ärzte an, dass in der eigenen Abteilung regelmäßig oder häufig gegen das Arbeitszeitgesetz verstoßen wird. Ebenfalls zwei Drittel der befragten Klinikärztinnen und -ärzte geben an, dass es mehrmals im Monat durch Verstöße gegen das Arbeitszeitgesetz zu Gefährdungen der Patientensicherheit kommt. Nicht überraschend fordern daher neun von zehn Befragten (91,9 Prozent), dass die zuständigen Kontrollbehörden die Einhaltung des Arbeitszeitgesetzes in den Krankenhäusern zukünftig systematisch und nicht ausschließlich anlassbezogen überprüfen sollten. **Unterstützen Sie die Forderung nach anlassunabhängigen, regelmäßigen Kontrollen des Arbeitszeitgesetzes im ärztlichen Dienst in den Krankenhäusern in Baden-Württemberg?**

Die Grünen

Für uns ist klar: Der zeitliche Aufwand bzw. die Arbeitssituation der Klinikärzt*innen darf nicht zu Belastungssituationen führen, die sich negativ auf eine gute Versorgung der Patient*innen und auf die Gesundheit der Ärzt*innen auswirken. Anlassunabhängige, regelmäßige Kontrollen des Arbeitszeitgesetzes können dabei eine Möglichkeit sein.

CDU

Für die CDU haben gesunde Arbeitsbedingungen und die Gesundheit des Personals in Krankenhäusern hohe Priorität. Es ist wichtig, dass sich auch um die Gesundheit derer gekümmert wird, die sich 365 Tage im Jahr um die Gesundheit anderer kümmern. Das ist neben einer Frage der Patientensicherheit auch eine Frage der Wertschätzung und schlussendlich nichts anderes als die Sicherstellung einer zuverlässigen medizinischen Versorgung. Ziel der CDU ist es, Strukturen zu schaffen, in denen genügend Personal zur Verfügung steht und die Ärzte sowie Pflegekräfte damit auch ausreichend Zeit für die Behandlung ihrer Patienten haben. Dabei gilt es, auch die Kliniken in die Pflicht zu nehmen, ihre Dienstpläne so zu gestalten, dass in einem 365-Tage-Betrieb die unterschiedlichen Interessen aller Beteiligten angemessen berücksichtigt werden.

Der Arbeitsschutz in Baden-Württemberg bedarf – nicht nur mit Blick auf die aktuellen Herausforderungen im Zusammenhang mit der Pandemie – einer Stärkung. Vor allem wollen wir die Beratung von Unternehmen ausbauen und dadurch die Zahl der Arbeitsunfälle weiter reduzieren. Die CDU hat gemeinsam mit dem Wirtschaftsministerium hierfür einen Stufenplan erarbeitet. Bei entsprechenden Hinweisen sind die zuständigen Behörden natürlich auch im Hinblick auf den ärztlichen Dienst gefordert, diesen nachzugehen und etwaige Regelverstöße abzustellen.

SPD

Die Ergebnisse ihrer Mitgliederbefragung und auch die daraufhin bei der Landespressekonferenz im September 2019 vorgetragenen Forderungen an die Landesregierung Baden-Württemberg haben wir mit Interesse verfolgt. Überschreitungen der Arbeitszeiten im Krankenhaus und die damit verbundenen Folgen für die Ärztinnen und Ärzte, aber auch für die Patientensicherheit sind ein ernstzunehmendes Problem. Sicherlich hat sich aufgrund der Corona-Pandemie dieses Problem nochmals vergrößert. Anlassunabhängige Kontrollen zur Einhaltung des Arbeitszeitgesetzes müssen in allen Branchen möglich sein, auch in Krankenhäusern und erst recht, wenn es ernstzunehmende Hinweise auf Verstöße gibt. Die Kontrollen allein werden jedoch das Problem nicht lösen. Denn Ärztinnen und Ärzte überschreiten ja in den meisten Fällen deshalb die Arbeitszeiten, weil niemand da ist, der sie ablösen könnte. Daher wollen wir uns auch um mehr Personal in den Krankenhäusern kümmern – und zwar in allen Bereichen. Wir brauchen insbesondere mehr Ärztinnen und Ärzte und mehr Pflegerinnen und Pfleger, um Entlastung zu schaffen!

FDP

Die Freien Demokraten begrüßen die Fortschritte, die es bei der Dokumentation und Berücksichtigung von Bereitschaftszeiten als Arbeitszeiten gegeben hat. Sie sind ein wesentlicher Baustein zur Wiederherstellung der Attraktivität des Arztberufs. Überlange Arbeitszeiten sind ein Risiko für die Patientinnen und Patienten und für das ärztliche Personal selbst. Wir treten für flexible Arbeitszeitregelungen ein und wollen, dass die Einhaltung der Obergrenzen sachgerecht kontrolliert wird.

Die Grünen, die CDU, die SPD und die FDP wurden zu sieben Themen vom MB-Landesverband befragt. Es geht um anlassunabhängige Kontrollen des Arbeitszeitgesetzes, die Stärkung des Arbeitsschutzes, die Befristungspraxis an den Universitätskliniken, die Investitionskostenfinanzierung der Kliniken, die Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes, die Erhöhung der Medizinstudiplätze und um die Abschaffung der Landarztquote.

Die CDU-Spitzenkandidatin Susanne Eisenmann, der SPD-Spitzenkandidat Andreas Stoch, der FDP-Spitzenkandidat Hans-Ulrich Rülke und stellvertretend für den Spitzenkandidaten der Grünen Winfried Kretschmann die Landeschefin der Grünen Sandra Detzer haben symbolisch auch an der MB-Plakat-Aktion (siehe Bilder) teilgenommen.

Wir werden nach der Wahl auf die dann an der Regierung beteiligten Parteien zugehen und sie an ihre Positionen erinnern, insbesondere an unsere Hauptforderung, nach regelmäßigen und anlassunabhängigen Kontrollen der ärztlichen Arbeitszeit in den Kliniken.

Eine Bewertung der Befragungsergebnisse finden Sie auf Seite 3.

2 In den Kontrollbehörden im Bereich des Arbeitsschutzes fehlt in Baden-Württemberg ganz grundsätzlich das Personal, um regelmäßig und anlassunabhängig die Einhaltung von Arbeitsschutzregelungen wie dem Arbeitszeitgesetz zu überprüfen. **Werden Sie sich in der nächsten Legislaturperiode dafür einsetzen, dass zusätzliche Stellen für den Arbeitsschutz geschaffen werden, um mehr Kontrollen, insbesondere auch im ärztlichen Dienst in den Kliniken, zu ermöglichen?**

Die Grünen

Wir Grüne sind offen dafür, den Arbeitsschutz der Behörden personell zu verstärken. Vor allem in der aktuellen Lage muss der Arbeitsschutz dazu beitragen, dass wir die Pandemie eindämmen und das Infektionsgeschehen weiter reduzieren – auch am Arbeitsplatz. Das ist ganz entscheidend für die Gesundheit der Menschen. Beim Thema Arbeitsschutz sehen wir Versäumnisse in der aktuellen Legislatur, die wir in der kommenden beheben müssen.

CDU

Siehe Antwort zu Frage 1, da Fragen 1 und 2 zusammengefasst beantwortet wurden.

SPD

Grundsätzlich müssen die Behörden im Bereich des Arbeitsschutzes ausreichend Personal zur Verfügung haben. Da geht es bei weitem nicht nur um Kontrollen, sondern insbesondere auch um Beratung. Die zuletzt vorgenommenen Aufstockungen im Arbeitsschutz waren sicher zu gering, um die „Gemeinsame Deutsche Arbeitsschutzstrategie“ in angemessenem Umfang umzusetzen.

FDP

Die aktuelle Situation in den Kontrollbehörden des Arbeitsschutzes ist nicht akzeptabel. Sie hängt unter anderem auch mit Zuständigkeitsstreitigkeiten zwischen dem grün-geführten Umweltministerium und dem schwarz-geführten Wirtschaftsministerium zusammen. Wir werden uns daher für eine eindeutige Klärung der Zuständigkeiten einsetzen und befürworten eine Stärkung der Arbeitsschutzkontrollbehörden.



Dr. Sandra Detzer
Bündnis 90/
Die Grünen

3 An den Universitätskliniken im Land liegt die Befristungsquote im ärztlichen Dienst bei circa 80 Prozent! Befristete Verträge sollten vom Grundsatz her eine Ausnahme sein und nicht die Regel darstellen. Der Marburger Bund fordert dementsprechend, dass mindestens 40 Prozent der Arbeitsverträge des ärztlichen Personals unbefristet sein müssen. **Unterstützen Sie die Forderung nach einer Quote von mindestens 40 Prozent unbefristeter ärztlicher Arbeitsverträge an den baden-württembergischen Universitätskliniken?**

Die Grünen

Wir werden uns in weiteren Gesprächen mit den Unikliniken mit diesem Thema beschäftigen und dafür werben, die Anzahl der unbefristeten Verträge zu erhöhen.

CDU

Wer für die Gesundheit anderer sorgt, soll sich selbst weniger Sorgen um die eigene Zukunft machen müssen. Wir stehen zum Grundsatz, dass unbefristete Verträge auch im ärztlichen Dienst die Regel sein sollten. Dennoch gibt es Fälle, in denen eine Befristung für beide Seiten Sinn machen kann: für größere Planungssicherheit, eine bessere Beurteilung der Eignung von Mitarbeitern vor einer eventuellen Festanstellung oder um auf Änderungen des Personalbedarfs flexibel reagieren zu können. Vor diesem Hintergrund gilt es, die bereits angestoßenen Gespräche zur Befristungspraxis weiterzuführen. Hierbei werden wir uns im Sinne der Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen Patientenversorgung einbringen.

SPD

Befristete Verträge dürfen auf gar keinen Fall die Regel darstellen – schon gar nicht „ohne Grund“ befristete Verträge. Dies fordern wir im Übrigen für die Ärztinnen und Ärzte an Universitätskliniken genauso wie für die Ärztinnen und Ärzte im Öffentlichen Gesundheitsdienst oder für andere Beschäftigte im Landesdienst. Wir richten uns nach dem Grundsatz „Dauerstelle für Daueraufgabe“. Die Zahl der unbefristeten Arbeitsverhältnisse im wissenschaftlichen und nicht-wissenschaftlichen Bereich an den Hochschulen werden wir deutlich steigern.

FDP

Wir können die Forderung gut nachvollziehen, denn Befristungen sorgen oftmals bei den davon Betroffenen für Unmut. Die Frage einer Befristung einer Stelle folgt der Systematik ihrer Finanzierung. Wenn keine dauerhaften Mittel vorgesehen sind, kann keine unbefristete Beschäftigung verabredet werden. Dass dies insbesondere im Hochschulbereich zu teilweise jahrzehntelangem Befristungshangeln führt, ist sehr unbefriedigend. Mit der neuen Hochschulfinanzierungsvereinbarung wird den Hochschulen die Möglichkeit eröffnet, zusätzliche unbefristete Stellen in der Grundfinanzierung zu schaffen. Diesen verlässlichen Weg wollen wir weiter beschreiten und auch die sachgrundlose Befristung weiter zurückdrängen.

4 Die Corona-Pandemie hat unser Land fest im Griff. In den Kliniken im Land wird aufgrund des unermüdlichen Einsatzes des Personals, das insbesondere auf den Intensivstationen gerade über die eigenen Grenzen geht, Unglaubliches für die Patientinnen und Patienten geleistet. Gleichzeitig zeigt die Corona-Pandemie aber auch die Schwächen unseres Gesundheitssystems auf. Leider kommt das Land seiner Investitionskostenverpflichtung immer noch nicht in ausreichender Form nach. Dies führt in den Kliniken wiederum dazu, dass noch mehr wirtschaftlicher Druck entsteht, der auf dem Rücken des Personals lastet. **Setzen Sie sich in der nächsten Legislaturperiode dafür ein, dass die Investitionskostenfinanzierung des Landes deutlich erhöht wird?**

Die Grünen

Die grün-geführte Landesregierung hat bei dem Thema Investitionskosten in den vergangenen Jahren viel Verantwortung übernommen. Seit wir in der Regierungsverantwortung stehen, sind die Zuschüsse aus Landesmitteln für die Investitionen in Krankenhäuser stetig gestiegen. Die CDU-Landesregierung hatte im Jahr 2010 noch um die 337 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Unter grüner Führung hat sich die Finanzierung deutlich erhöht: Für den Doppelhaushalt 2020/21 sind jeweils 573 Millionen Euro, inklusive Strukturfond des Bundes, eingestellt. Das ist so viel wie noch nie in Baden-Württemberg. Diesen Weg wollen wir weitergehen und die Investitionen in den Krankenhausbau weiter deutlich erhöhen.

CDU

Die baden-württembergische Krankenhauslandschaft zeichnet sich durch hochwertige Versorgung und medizinischen sowie technischen Fortschritt auf Spitzenniveau aus. Nicht zuletzt während der Corona-Pandemie haben unsere Kliniken mitsamt ihren Beschäftigten ihre hohe Einsatzbereitschaft unter Beweis gestellt. Um diese Leistungsfähigkeit auch in Zukunft zu sichern, muss das Land mehr als bisher seiner Verpflichtung in der Investitionskostenförderung nachkommen. Wir wollen, dass unsere Krankenhäuser bis spätestens 2025 den digitalen Reifegrad erreichen, der durch das Krankenhauszukunftsgesetz gefordert wird. Ganz nach dem Leitbild von Qualität und Erreichbarkeit werden wir gemeinsam mit den Leistungserbringern eine nachhaltige, bedarfsgerechte, innovative, aber auch konsequente Krankenhausstrukturpolitik umsetzen. Bei der Weiterentwicklung der Krankenhausplanung werden

wir den tatsächlichen Versorgungsbedarf der Bevölkerung besser abbilden und die wohnortnahe Verzahnung vom Hausarzt über den Rettungsdienst, das Krankenhaus bis hin zur Reha- und Pflegeeinrichtung sicherstellen. Auf Bundesebene werden wir uns für die Einsetzung einer Kommission zur Vorbereitung einer Reform der Krankenhausfinanzierung stark machen.

SPD

Als die SPD im Jahr 2011 in Baden-Württemberg in die Regierungsverantwortung kam, hatten wir bis zum Ende der Legislaturperiode die jährlichen Mittel für die Krankenhausinvestitionen bis 2016 um 35 (!) Prozent erhöht. Pro Krankenplanhausbett liegt Baden-Württemberg seitdem mit jährlich über 10.000 Euro Landesmitteln mit deutlichem Abstand vor dem Durchschnittswert aller anderen Bundesländer. Dank der SPD-Regierungsbeteiligung im Bund haben wir die Investitionsmittel des Landes über den Krankenhausstrukturfonds sogar noch erheblich aufgestockt. Trotzdem brauchen wir für eine leistungsfähige Kliniklandschaft zusätzliche Investitionsmittel. Deshalb wollen wir ein spezielles Investitionsprogramm zur Digitalisierung der Krankenhäuser auflegen.

FDP

Die Freien Demokraten treten für eine Neuausrichtung der Krankenhausplanung und Investitionskostenförderung ein. Wir wollen gemeinsam mit den Akteuren beraten, welche Schlussfolgerungen aus der Corona-Pandemie zu ziehen sind. Beispielhaft als Stichwort seien verbesserte Isolationsmöglichkeiten genannt. Wer eine gesunde, wirtschaftlich tragfähige Klinikstruktur will, muss die richtigen Rahmenbedingungen setzen.



Dr. Susanne Eisenmann
CDU

5 Eine zentrale Rolle bei der Bewältigung der Corona-Pandemie spielt der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD). Auch hier wurden die Schwächen mit dem Aufkommen der Pandemie schonungslos aufgezeigt. Ein wesentlicher Aspekt dabei ist der immer noch bestehende Personalmangel. Aktuell müssen beim ÖGD tätige Ärztinnen und Ärzte, verglichen mit ihren Kolleginnen und Kollegen in Krankenhäusern, monatliche Gehaltseinbußen von rund 1.500 Euro in Kauf nehmen. Um die Amtsarztstätigkeit langfristig attraktiver zu gestalten und ausreichend Personal gewinnen zu können, bedarf es eines eigenen Tarifvertrags für die Ärztinnen und Ärzte im ÖGD. Natürlich wissen wir, dass der Einfluss der Landespolitik im Rahmen der Tarifautonomie begrenzt ist. **Trotzdem interessiert es uns, ob Sie die Forderung des Marburger Bundes für einen eigenen Tarifvertrag für die Ärztinnen und Ärzte im ÖGD unterstützen?**

Die Grünen

Der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) ist eine unverzichtbare Säule des Gesundheitswesens. Die aktuelle Corona-Pandemie verdeutlicht seine elementare Rolle beim Infektionsschutz. Wir haben beschlossen, im ÖGD stufenweise 227,5 neue Stellen zu schaffen. Die meisten davon sollen in den örtlichen Gesundheitsämtern entstehen.

Um dem bestehenden Nachwuchsmangel entgegenzuwirken, sollte insbesondere die ärztliche Tätigkeit im ÖGD endlich besser vergütet werden. Auch die Chancen, die in der interdisziplinären Zusammenarbeit der verschiedenen Gesundheitsberufe liegen, gilt es besser zu nutzen. In den Gesundheitsämtern sind vielfältige Kompetenzen gebündelt. Hier liegen Potenziale, die nicht nur richtungweisend für andere Bereiche des Gesundheitswesens sind. Unser Ziel ist es auch, sie noch stärker als bisher für den Gesundheitsschutz der Bevölkerung einzusetzen.

CDU

Wie wichtig ein leistungsfähiger Öffentlicher Gesundheitsdienst (ÖGD) für den gesundheitlichen Bevölkerungsschutz ist, hat die Corona-Pandemie in den letzten Wochen und Monaten nochmals eindrücklich belegt. Auch die gute Arbeit der Gesundheitsämter hat dazu beigetragen, dass wir bisher vergleichsweise glimpflich durch die Pandemie gekommen sind. Eine der Lehren aus der Pandemie ist daher, den ÖGD dauerhaft strukturell zu stärken. Dazu bedarf es neben personeller Ressourcen insbesondere einer besseren Digitalisierung und Vernetzung aller Stellen des ÖGD. Wir stehen vor diesem Hintergrund zur nachhaltigen Verbesserung bei der amtsärztlichen Vergütung. Wie dies formalrechtlich umgesetzt wird, ist dabei für uns nicht entscheidend.

SPD

Wir unterstützen die Forderung nach einer Verbesserung der Arztgehälter im Öffentlichen Gesundheitsdienst und setzen uns – übrigens nicht erst seit der Corona-Krise, in der die Personalprobleme nochmals deutlicher geworden sind – für die dringend notwendige Stärkung des ÖGD in unserem Land ein. Wir haben kein Verständnis dafür, dass die Landesregierung nicht an die Tarifgemeinschaft der Länder in Bezug auf Erhöhungen herangetreten ist und die die Notwendigkeit dafür im Herbst 2020 noch abgestritten hat. Gesundheitsminister Lucha hat seine Zusage dazu von der Gesundheitsministerkonferenz 2018 nicht eingehalten. Bewegung bei den Gehältern gibt es erst, seitdem die SPD im Bund mit dazu beigetragen hat, den Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst zu formulieren und mindestens die Finanzierung in Höhe von vier Milliarden Euro (!) für mehr Personal, bessere Vergütungen, Digitalisierung und moderne Strukturen für die ersten sechs Jahre zugesagt hat. Und das, obwohl eindeutig die Länder für den ÖGD zuständig sind.

FDP

Wir Freien Demokraten haben in unserem Wahlprogramm zur Landtagswahl am 14. März 2021 festgelegt, dass wir den öffentlichen Gesundheitsdienst stärken werden, damit er seine Aufgaben im Infektionsschutz besser erfüllen kann, vor allem im Pandemiefall. Hierzu zählt für uns eine wettbewerbsfähige Bezahlung. Hierfür setzen wir uns ein. Das Land ist jedoch nicht Tarifvertragspartei beim TVöD. Aus gesundheitspolitischer Sicht wäre ein eigener Tarifvertrag oder andere geeignete Lösungen zu begrüßen.

Andreas Stoch
SPD



Dr. Hans-Ulrich Rülke
FDP



6 In der bereits zitierten Mitgliederbefragung des Marburger Bundes Baden-Württemberg sagen 80 Prozent der Befragten, dass das ärztliche Personal an ihrem Arbeitsplatz nicht dafür ausreicht, um die anstehenden Aufgaben zu bewältigen. Ein langfristiger Weg, um hier Verbesserungen zu erreichen, stellt die Schaffung neuer Medizinstudienplätze dar. **Werden Sie sich dafür einsetzen, dass in der nächsten Legislaturperiode die Zahl der Medizinstudienplätze um mindestens 10 Prozent erhöht wird?**

Die Grünen

Wir wollen die Studienplätze für Humanmedizin weiter ausbauen und die Arbeitsbedingungen für Ärzt*innen familienreicher gestalten. Zum Wintersemester 2020/21 haben wir 150 weitere Studienplätze für Humanmedizin geschaffen. Damit gibt es aktuell an den fünf Fakultäten Freiburg, Heidelberg, Mannheim, Tübingen und Ulm insgesamt 1.631 Studienanfängerplätze. Ab 2021/2022 werden es 1.699 sein. 75 Plätze davon werden nach der Landarztquote vergeben.

CDU

Fast jeder fünfte derzeit berufstätige Arzt wird bald aus dem Berufsleben ausscheiden. Schon heute werden zudem weniger Medizinerinnen und Mediziner ausgebildet als notwendig. Für die CDU Baden-Württemberg ist deshalb der auch auf unseren Druck hin erfolgte Ausbau der Medizinstudienplätze im Land dringend nötig. Bereits in der laufenden Legislaturperiode konnten so 150 zusätzliche Medizinstudienplätze geschaffen werden. Damit begegnen wir dem Ärztemangel und tragen dazu bei, die medizinische Versorgung im Land zu sichern.

SPD

Im Prinzip ist die Erhöhung – auch auf Forderungen der SPD hin – schon beschlossen. Aber die Umsetzung der zusätzlichen 150 Studienplätze wurde von der grün-schwarzen Koalition wegen des Streits um die Landarztquote immer weiter hinausgeschoben. Ihre Einrichtung muss nun unverzüglich erfolgen. Allerdings wird diese Erhöhung frühestens in sechs Jahren zur Entlastung beitragen. Deshalb brauchen wir auch

Verbesserungen, die sofort greifen. Dazu zählen wir mehr Ganztagsangebote in Kitas und (Grund-)Schulen, damit Ärztinnen und Ärzte Familie und Beruf besser verbinden, ihre Elternzeit ggf. früher beenden oder mit mehr Wochenstunden tätig sein können. Zudem brauchen wir schnellere Anerkennungsverfahren für Ärztinnen und Ärzte, die ihre Qualifikation im Ausland erworben haben sowie nicht zuletzt die Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Land, um zu verhindern, dass weiterhin zu viele Ärztinnen und Ärzte ins Ausland abwandern.

FDP

Wir Freien Demokraten haben in unserem Wahlprogramm zur Landtagswahl am 14. März 2021 verankert, dass wir neue Studienanfängerplätze für Medizin an den medizinischen Fakultäten schaffen werden. Die Schaffung neuer Medizinstudienplätze kann jedoch nur ein Baustein sein. Wir Liberalen haben den jüngsten Ausbau der Medizinstudienplätze mitgetragen, wobei leider ein Teil des Kapazitätsaufwuchses durch die Landarztquote belegt wird, die wir für verfehlt erachten. Allerdings muss man sich zur langfristigen Lösung des Problems auch der Ursache zuwenden, warum wir hier einen Fachkräftemangel haben. Richtigerweise muss nämlich vor allem an der Attraktivität des Berufsbildes gearbeitet und Verbesserungen müssen erreicht werden. Denn es nützt nichts, immer mehr Studienplätze zu schaffen, wenn die Absolventen nicht im Land bleiben wollen, um hier zu arbeiten. Es gibt nämlich eine nennenswerte Zahl an Medizinstudierenden, die später gar nicht in ihrem originären Berufsfeld ankommen.

7 Wir halten die Einführung der Landarztquote für falsch! Medizinstudierende bereits vor dem Studium zu einer hausärztlichen Tätigkeit zu verpflichten stellt keine Lösung des Landarztmangels dar. Es ist objektiv betrachtet zu Beginn des Medizinstudiums gar nicht möglich, abschließend zu beurteilen, ob die Tätigkeit als Landarzt das Richtige ist oder nicht. **Werden Sie sich in der nächsten Legislaturperiode für die Abschaffung der Landarztquote einsetzen?**

Die Grünen

Wir Grüne stehen der Landarztquote kritisch gegenüber. Wir setzen auf andere und erweiterte Lösungen, die schneller Wirkung zeigen. Wir wollen:

- Versorgungsstrukturen durch Kommunale Gesundheitskonferenzen besser vernetzen,
- die Allgemeinmedizin im Studium stärken und Studierende zunehmend an den Beruf des Landarztes bzw. der Landärztin heranführen – über das Stipendienprogramm für junge Mediziner*innen und ein stärkeres Gewicht der Allgemeinmedizin im Lehrplan,
- neue Medizinstudienplätze schaffen und den praktischen Anteil im Medizinstudium erhöhen,
- die Vereinbarkeit des Arztberufes und der Familienzeit vorantreiben.

CDU

Nur mit einer ausreichenden ärztlichen Versorgung werden unsere ländlichen Räume dauerhaft attraktiv und lebenswert bleiben können. Für uns gilt es deswegen, alle Chancen zur Steigerung der medizinischen Versorgung auf dem Land auszuschöpfen und keine Maßnahme voreilig abzulehnen. Mit der Landarztquote stellen wir sicher, dass zumindest ein Teil der in dieser Legislaturperiode neu geschaffenen Medizinstudienplätze in der Fläche ankommt. Die erst in einigen Jahren absehbaren Wirkungen der Landarztquote werden wir im Auge behalten.

SPD

Die Einführung einer Landarztquote sehen wir als absolut falschen Weg an um unsere hausärztlichen Versorgungsprobleme auf dem Land zu lösen! Das Gesetz wurde gegen das Votum der medizinischen Fakultäten, der Studierenden und aller Ärzteorganisationen sowie sogar gegen die Meinung der Wissenschaftsministerin beschlossen. Mehrfach haben wir in den Beratungen zum Landarztgesetz unsere Ablehnung begründet: nach wie vor halten wir dieses Gesetz für zu teuer, ineffektiv und nicht zielführend. Unser stattdessen vorgeschlagenes umfassendes Konzept, das bereits im Studium mit einem ganzen Paket verschiedener Maßnahmen anfängt und sinnvolle Handlungsvorschläge bis hin zu einer Stärkung der Allgemeinmedizin an sich sowie auch der Stellung der hausärztlich tätigen Ärztinnen und Ärzte im Gesundheitssystem beinhaltet, finden Sie hier: <https://www.spd-landtag-bw.de/7-punkte-fuer-mehrlaendaerzte-in-baden-wuerttemberg/>

FDP

Wir Freien Demokraten haben bei der Abstimmung im Landtag von Baden-Württemberg geschlossen gegen das Landarztgesetz gestimmt. Wir werden uns, wenn wir in Verantwortung gewählt werden, gerne in Ihrem Sinne einsetzen.

WAHLPRÜFSTEINE KOMPAKT*

1. Unterstützen Sie die Forderung nach anlassunabhängigen, regelmäßigen Kontrollen des Arbeitszeitgesetzes im ärztlichen Dienst in den Krankenhäusern in Baden-Württemberg?				
2. Werden Sie sich in der nächsten Legislaturperiode dafür einsetzen, dass zusätzliche Stellen für den Arbeitsschutz geschaffen werden, um mehr Kontrollen, insbesondere auch im ärztlichen Dienst in den Kliniken, zu ermöglichen?				
3. Unterstützen Sie die Forderung nach einer Quote von mindestens 40 Prozent unbefristeter ärztlicher Arbeitsverträge an den baden-württembergischen Universitätskliniken?				
4. Setzen Sie sich in der nächsten Legislaturperiode dafür ein, dass die Investitionskostenfinanzierung des Landes deutlich erhöht wird?				
5. Trotzdem interessiert es uns, ob Sie die Forderung des Marburger Bundes für einen eigenen Tarifvertrag für die Ärztinnen und Ärzte im ÖGD unterstützen?				
6. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass in der nächsten Legislaturperiode die Zahl der Medizinstudienplätze um mindestens 10 Prozent erhöht wird?				
7. Werden Sie sich in der nächsten Legislaturperiode für die Abschaffung der Landarztquote einsetzen?				

*Bewertungen sind natürlich immer subjektiv. Wir haben versucht, anhand der Schwerpunkte unserer Arbeit eine Gewichtung und Bewertung der Antworten vorzunehmen. Schlussendlich obliegt die Bewertung der Antworten jedem Mitglied selbst.